

Presseinformation

der Energieintensiven Industrien in Deutschland

18. Januar 2018

EID: Klimaziele für 2050 sind ein Billionen-Projekt

Die Minderung von Treibhausgasen in Deutschland um 80 Prozent bis 2050 kann nur mit einer kosteneffizienten, innovationsfördernden und technologieoffenen Klimapolitik gelingen. Andernfalls gefährdet der Umbauprozess Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. So ordnen die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) die heute vorgestellte BDI-Klimapfadstudie ein.

Die langfristigen Klimaziele stellten die EID-Branchen Baustoffe, Chemie, Glas, Nichteisenmetalle, Papier und Stahl vor besondere Herausforderungen, da sie durch ihre Vorleistungen für die gesamte industrielle Wertschöpfungskette einen Großteil des nötigen Energieeinsatzes und der Treibhausgasemissionen schultern. Sie seien bereits heute durch den Emissionshandel und zusätzliche Kosten für die nationale Energiewende stark belastet.

Die Umsetzung des Minderungszieles von 80 Prozent erfordert laut BDI-Studie in Deutschland Zusatzinvestitionen von mindestens 1,5 Billionen Euro, sagte EID-Sprecher und VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann: „Bereits mit dem 80 Prozent-Klimaziel sind enorme Herausforderungen verbunden. Eine fast vollständige Reduktion der Treibhausgase um 95 Prozent ist aus heutiger Sicht weder technisch und wirtschaftlich noch gesellschaftlich vorstellbar.“ Zudem seien klimapolitische Rahmenbedingungen, die international einen fairen Wettbewerb sicherten, trotz des Pariser Abkommens bislang nicht erkennbar, so Tillmann. Eine weitere wichtige Voraussetzung sei die gesellschaftliche Akzeptanz für den Einsatz von Technologien etwa zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung.

Tillmann wies auch auf die notwendigen energiepolitischen Rahmenbedingungen hin, die bereits für das 80-Prozent-Ziel nötig seien. Er sagte: „Wir brauchen langfristig verlässliche Entlastungsregeln für die Sicherung der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit unserer Branchen und umfassenden Carbon-Leakage-Schutz, damit wir Mitte des Jahrhunderts noch eine funktionierende

Grundstoffindustrie in Deutschland und Europa haben.“ Dies sei auch ein Kernpunkt der BDI-Studie, um Produktionsverlagerungen ins Ausland zu verhindern. Schon heute würden die energie- und klimapolitischen Kosten nur zum Teil aufgefangen, einige Branchen seien beispielsweise komplett von der Strompreiskompensation ausgeschlossen.

EID-Sprecherin Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle, betonte, dass die in der BDI-Studie bezifferten Investitionen für die Klimazielerreichung eher am unteren Ende liegen. „Nur wenn alle in der Studie getroffenen Annahmen tatsächlich eintreffen, werden sich die Gesamtkosten einhalten lassen. Das bedeutet vollständigen Carbon Leakage-Schutz, Klimaschutzinvestitionen bei einer niedrigen Verzinsung und dass trotz fluktuierender Stromerzeugung keine Netzengpässe auftreten“, so Erdle. Sie fügt hinzu, dass die energieintensiven Industrien zum Klimaschutz stehen: „Wir wollen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten und forschen intensiv an neuen technischen Verfahren zur weiteren Einsparung von Treibhausgasen. Dafür benötigen die Unternehmen aber Zeit sowie finanzielle Spielräume und einen ergebnisoffenen gesellschaftlichen Diskurs.“

Die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) beschäftigen rund 830.000 Mitarbeiter – oder 14 Prozent der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes. Jeder Arbeitsplatz in der energieintensiven Grundstoffproduktion sichert etwa zwei Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen und im Dienstleistungssektor.